

Willensbildung verlangt
mehr als Entertainment

Schröders Politik fehlt es an Streitkultur

Markus Karp

Die Geschichte der Bundesrepublik hat seit ihrer Gründung noch nie einen so großen Vertrauensverlust in eine Regierungspartei erlebt, wie das heute bei den regierenden Sozialdemokraten der Fall ist. Der Parteienforscher Franz Walter verglich im Hamburger Abendblatt die SPD deshalb mit einer Gummipuppe, „in die man eine Nadel geiekt hat“. Derzeit zerfällt die Sozialdemokratie geradezu lautlos. Das derzeitige Stimmungstief führte der Göttinger Politikwissenschaftler auf die diffuse Wirtschafts- und Sozialpolitik der Schröder-Regierung zurück, auf die die Parteimitglieder, geschweige denn die Wähler nie vorbereitet worden seien. Wogegen die Parteispitze im letzten Wahlkampf noch gewettert habe, sei nun plötzlich eine Reform. Damit habe die SPD ihre Glaubwürdigkeit zerstört, das Land kompetent regieren zu können.

Strategie- und Führungsfehler

Diese Analyse zeigt, dass die Fehler der SPD weder rein handwerklicher Natur noch etwa das Resultat einer verfehlten Kommunikationsstrategie sind. Vielmehr sind sie die Handlungsfolgen einer Partei, der es nicht mehr gelingt, gesellschaftlich relevante politische Fragen für die Bürger glaubwürdig zu stellen und kompetent zu beantworten.

Letztlich sind die Ursachen beider Missstände weniger im immer fragmentierteren Wählermarkt als vielmehr in den Strategie- und Führungsfehlern der Parteispitze zu finden. Damit entziehen sich die rot-grünen Koalitionäre die Grund-

lage für ihre politische Akzeptanz und Glaubwürdigkeit.

Medientauglichkeit ist nicht alles

Die SPD-Führung hat trotz aller Wahlerfolge in den Jahren zwischen 1998 und 2002 kein mittel-, geschweige denn ein langfristiges Konzept gefunden, auf die Herausforderungen der Mediendemokratie zu reagieren. Der politische Pulschlag ist seit dem Regierungsumzug nach Berlin hektischer geworden. Die Mediatisierung schreitet voran, und der Druck auf die Politiker, in den Medien präsent zu sein, wird immer größer. Die Mediendemokratie scheint die Parteiendemokratie abgelöst zu haben: Presseschauen urteilen über die Relevanz politischer Projekte, Medienkompetenz bestimmt Führungstauglichkeit, und Images ersetzen Parteiprogramme. Die Kurzlebigkeit des täglichen Fernsehalltags erschwert langfristige politische Planung und Steuerung.

Trotzdem zeigt das Scheitern des Projektes Schröder, dass Medientauglichkeit auch in einer Mediendemokratie nicht alles ist: Trotz guter Inszenierung und eines fernsehgerechten Kanzlers stürzt die derzeitige Regierung in ein für die Sozialdemokraten noch nie da gewesenes Stimmungstief. Gerhard Schröder erinnert immer stärker an den glücklosen ehemaligen britischen Premierminister John Major, der es nach seinem unerwarteten Wahlsieg im Jahr 1992 nicht mehr verstand, seiner Politik eine Grundrichtung zu geben. Zerstrittenheit in den eigenen Reihen, immer schnellere Kurswechsel in unter-

schiedlichsten Politikbereichen und faule Kompromisse, die die Menschen nicht mehr nachvollziehen konnten, prägten seine letzten Amtsjahre. Schließlich wurde er 1997 vom Wähler durch Tony Blairs fulminanten Wahlsieg aus dem Amt gejagt.

Der konservative Politiker hatte damals im Grunde das gleiche Problem wie der heutige Bundeskanzler. Seine Amtsführung scheiterte weniger an unzulänglichen Politikvermittlungsstrategien als an einer zunehmenden Handlungs- und Führungsunfähigkeit im eigenen Lager. Dies wurde besonders deutlich in seiner Europapolitik. Damit wirkte seine Regierung beliebig, konfus und planlos. Dies kostete ihn seine Glaubwürdigkeit und folgerichtig die Akzeptanz in der Bevölkerung.

Die politischen Strategen im Kanzleramt scheinen dieses schwer wiegende Akzeptanzproblem der Regierung auch erkannt zu haben. Als Folge wurde deshalb nicht der eigentliche Verantwortliche der Regierungskommunikation – nämlich der Regierungssprecher – abgelöst, sondern die Zuständigen für die Grundlinien der sozialdemokratischen Politik ausgetauscht: der Parteivorsitzende und sein Generalsekretär.

Radikaler Wandel von der Protest- zur Regierungspartei

Aus der momentanen vielstimmigen innerparteilichen Diskussion lässt sich ein dissonanter, aber doch charakteristischer Dreiklang der Forderungen heraushören: *Erstens*: Der „Neoliberalismus“ soll bekämpft werden.

Zweitens: Die Partei soll sich wieder verstärkt um „soziale Gerechtigkeit“ bemühen.

Drittens: An der „Fortsetzung der Reformen“ führe kein Weg vorbei.

Sieht man etwas genauer hin, sind alle drei Reaktionen gleichermaßen hilflos, weil sie entweder auf veralteten Konzepten und Denkweisen beruhen oder über

ein Konzept erst gar nicht verfügen. Zumal in dem Schreckgespenst „Neoliberalismus“ bündelt sich viel von den Missverständnissen und von der programmatischen Kurzsichtigkeit, mit welcher die SPD momentan operiert. Denn es geht längst nicht mehr um die Abwehr jener ordoliberalen, angebotsorientierten Wirtschaftspolitik, die in den 1980er Jahren in England und den USA Karriere machte. Die Neoliberalismus-Keule ist in weiten Teilen der SPD zu einem Totschlagargument geworden, das das Verständnis und die produktive Diskussion einer neuen Gesellschaftsordnung blockiert.

Wie konnte die SPD als eine programmorientierte und diskussionsfreudige Partei in diese Lage geraten?

Die Ursachen liegen in der Lebenslüge der Sozialdemokratie der achtziger und neunziger Jahre. Diese wurde durch ausbleibende Parteireformen institutionell verankert. Spätestens Mitte der neunziger Jahre entwickelten sich die Sozialdemokratien programmatisch zu einer populistischen Protestpartei. So unterblieb im Gegensatz zu Tony Blairs Aufbruch mit New Labour ein programmatischer Erneuerungsprozess. Vielmehr war die SPD-Politik – vor allem in den Jahren von 1995 bis 1998 – geprägt durch eine Protest- und Verweigerungshaltung gegenüber den jeweiligen Einzelreformen der Kohl-Regierung. Ein grundlegendes Konzept hinter dieser Ablehnungsmauer war jedoch nicht zu erkennen. Als logische Konsequenz unterliefen in der rot-grünen Anfangszeit der Schröder-Regierung nicht nur handwerkliche Fehler, wie diese für Regierungsneulinge eher typisch sind, sondern sie war in erster Linie mit einem schwer wiegenden Handlungsproblem konfrontiert: der Bewältigung der Transformation von einer Protest- zu einer Regierungspartei. Dies führte nicht nur bei den Wählern, sondern vor allem auch den eigenen Parteianhängern zu einem schmerzhaften Realitätsschock.

In Godesberg hatten sich die Sozialdemokraten 1959 auf eine Aussöhnung mit dem Kapitalismus, auf einen Abschied vom Klassenkampf eingelassen unter der heimlichen Voraussetzung, dass die westlichen Marktökonomien ohnehin immer stärker interventionsstaatlich reguliert und wohlfahrtsstaatlich abgefedert würden. In den sechziger und siebziger Jahren ging diese Prognose auch weithin in Erfüllung, doch der Formwandel des Kapitalismus seitdem, seine „Globalisierung“ und die neuen Trends der Entstaatlichung und Entkollektivierung wurden im Grunde als ein Verrat an der List des sozialdemokratischen Weltgeistes empfunden. In dieser Falle blieb ein Gutteil der SPD bis heute stecken.

Anstatt neue Deutungsmuster zu entwickeln und auf ein zweites Bad Godesberg zu zielen, fiel die Partei in ältere Schemata von „gut“ gegen „böse“ zurück. Aus diesem Grund war der Sozialpopulist Oskar Lafontaine der beliebteste SPD-Partei-vorsitzende seit Willy Brandt. Und an der SPD-Basis können Politiker wie Sigmar Gabriel mit der Forderung nach einer Vermögensteuer und höheren Unternehmensbesteuerungen Punkte sammeln. Hier wirkt immer noch der Gründungsmythos vom Kampf zwischen Arbeit und Kapital nach.

Doch dieser längst überholte Kampf ließ den Raum für realistische Politikkonzepte kaum zu. Stattdessen ließ sich die SPD in den achtziger und neunziger Jahren zeitweise von popularisierten sozialwissenschaftlichen Versprechungen blenden, nach denen eine völlig individualisierte Single- und Patchwork-Gesellschaft fröhlich ins Haus stehe, ohne dass dafür irgendwo die Lasten getragen werden müssten. Erst das Schröder-Blair-Papier vom Juni 1999 – nur wenige Monate nach Lafontaines Abgang – war der Versuch einer mutigen Antwort auf die realen Herausforderungen. Hier tauchte die Stärkung der Eigenverantwortung des

Einzelnen ebenso auf wie die Idee (wenn auch in vorsichtigen Worten), dass Gerechtigkeitspolitik nicht mehr nur mit materieller Umverteilung gleichgesetzt werden könnte.

Das Problem der SPD bestand nun darin, dass das Papier im Kanzleramt zwar flink ausgearbeitet wurde, seine Aussagen in der Partei jedoch nie mehrheitsfähig wurden. Deshalb erfuhr es auch keine Weiterentwicklung und praktische Konkretisierung für die einzelnen Reformfelder. Schließlich wurde es im Laufe des turbulenten Jahres 1999 klammheimlich einkassiert. So verschloss sich die Partei selbst in der ersten Legislaturperiode ihrer Regierungszeit einer Konzeptionierung der notwendigen Reformen.

Stattdessen werden sie jetzt ad hoc vollzogen. Für diese Konzeptionslosigkeit muss die SPD einen hohen Preis zahlen. Denn die ehemalige Arbeiterpartei verliert ihr Kompetenzfeld und damit die Grundlage ihrer politischen Glaubwürdigkeit: den Einsatz für soziale Gerechtigkeit. Sie gibt den Versuch preis, das sozialdemokratische Modell jenseits der klassischen Industriegesellschaft und ihrer deutschen Form des Wohlfahrtsstaates weiterzuentwickeln.

Mangel an programmatischem Mut

Für einen breiten programmatischen Aufbruch fehlt es der SPD-Führung an Mut. Sie erschöpft sich im Moment zu sehr darin, Parteidisziplin und Geschlossenheit herzustellen, während es doch gerade im Wandel beziehungsweise für einen Wandel auf produktive Offenheit gegenüber Neuem ankommen müsste. Es dominiert in den seltenen und unsystematischen Führungsversuchen eine ungünstige Konzentration auf Formen der Ordnung, des Bewahrens und des Machterhaltes. Dagegen besteht angesichts der ermüdenden Alltagshektik des politischen Geschäftes und seiner Routine des konzeptionslosen Durchwursteln sein Mangel an attraktiven

Visionen, die als Basis für die Bewältigung des Umbaus der sozialen Sicherungssysteme dienen könnten. Die Reformen werden gemacht, nicht weil sie zu einem erwünschten Ziel führen würden, sondern weil sie leider notwendig seien. Sie werden somit eigentlich als Abkehr vom Ideal des sozialdemokratischen kollektiven Fürsorgestaats verstanden und im Herzen von der Partei abgelehnt. Von ihr wird teilweise sogar die Notwendigkeit der Reformen bestritten.

Diese Lustlosigkeit an der Regierungspolitik wird mit Defiziten in der geistigen Anregung und individuellen Beachtung der Mitglieder durch eine „Basta-Politik“ kombiniert. Angesichts dieser „Führungsschwäche“ erliegt die SPD der Versuchung einer rein erlebnisorientierten Führung und eines „Management by Entertainment“.

Die SPD verschließt sich durch Ablenkungsgefechte und Halbherzigkeit der Wirklichkeit. Dieses Verschließen vor den notwendigen Veränderungserfordernissen erhöhte und erhöht die Notwendigkeit eines umso radikaleren und dramatischeren Wandels zu einem späteren Zeitpunkt. Hinzu kommt, dass eine Partei als organisiertes Sozialgebilde vor dem Dilemma der Innen- versus Außenorientierung steht. Die Schröder-SPD hat dieses Dilemma aber überwiegend recht einseitig gelöst. Sie verfiel durch ihre „kommunikativen Amerikanisierungstendenzen“ in eine ungünstige Außenorientierung, indem sie sich vor allem mit ihrer Selbstdarstellung und medialen Inszenierung beschäftigte. Sie verlor dadurch nur noch weiter an generativer Kraft in ihrer politischen Willensbildung. Im Klartext besteht Schröders Politikerfolg im Wesentlichen ja darin, Meinungstrends und Themenkarrieren der öffentlichen Meinung nachzuvollziehen und durch Imitation schnellen, risikolosen Erfolg zu sichern. Dabei wurde eine eigene richtungsweisende Programmarbeit

unterlassen. Entsprechend wurden auch keine Akzente in der Debatte zur Reform von Staat und Gesellschaft gesetzt.

Das Kennzeichen des neuen SPD-Politikstils bestand darin, das nach der politischen Agenda kurzfristig Dringliche abzuarbeiten. Dies erschwerte dabei mehr und mehr, das nach der politischen Vernunft langfristig Richtige zu tun. Damit hat sich die SPD weitgehend unter das Diktat der medial veröffentlichten Meinung gestellt und sich zu einem ganz erheblichen Teil von einer Selbststeuerung verabschiedet. Als Folge verzichtete sie auf eine eigenständige Problembearbeitung und suchte ihr Heil in einer zunehmenden professionellen Beratung und in Konsens- und Expertenrunden. Schließlich kann man generell festhalten: Wenn Parteien selbst zu materiellen Innovationen kaum noch in der Lage sind und nur noch anderenorts vorgedachte Lösungen kombinieren können, haben sie einen erheblichen Teil ihrer Autonomie eingebüßt und verfügen nur noch über ein geringes Potenzial an Selbststeuerung.

Notwendiger Wandel der Akteure

Zudem wurde aber der Veränderungsbedarf seitens der Sozialdemokratie nur in Politikinhalt, aber nicht in ihren eigenen Parteistrukturen gesehen. Diese Abkopplung der strukturellen Verfasstheit vom Wandel ihrer bearbeiteten Probleme ist aber nicht schlüssig. Denn zur Erhaltung von Anschlussfähigkeit an ein sich wandelndes Umfeld und veränderliche Politikfelder bedarf es auch eines Wandels der Akteure, das heißt der Parteien. Eine Transformation der Wirtschafts- und Gesellschaftssysteme setzt mit anderen Worten also auch eine Transformation der Institutionen der politischen Willensbildung voraus. Während im Unternehmenskontext dabei eine strategische (inhaltliche) Neuorientierung regelmäßig mit einer organisatorischen (strukturellen) Rekonfigurierung einhergeht, wird

dies bis heute im politischen Kontext strategisch vernachlässigt.

Nur wenn es den politischen Parteien gelingt, sich selbst als Organe der politischen Willensbildung ebenso regelmäßig wie nachhaltig zu verändern, finden sie auch Anschluss an die Veränderungen ihres Umfelds. Denn die zentrale Aufgabe der Parteiorganisation ist es, den Raum und die Möglichkeiten für solche Debatten zu öffnen.

Wunsch nach Erneuerung und Orientierung

In einer modernen Mediendemokratie kommt die Politik nicht umhin, das Vertrauen der Bevölkerung zu erarbeiten und für ihr Handeln um Verständnis zu werben. In den Schwierigkeiten der Bundesregierung zeigt sich, dass ein mediales Ereignis nicht mit Ergebnis, Image nicht mit Leistung, Schlagzeile nicht mit Linie, Pose nicht mit Haltung, Machtanspruch nicht mit Gestaltungswillen verwechselt werden darf. Die Essenz der politischen Willensbildung kann eben nicht durch reine Kommunikationsmittel – sei es auch mithilfe von *Bild*, *BamS* und *Glotze* – gefunden werden, sondern nur durch einen offen geführten Diskurs in der Gesellschaft mit ihren unterschiedlichen Gruppen. Tatsache ist, dass es in unserer Bevölkerung eine Bereitschaft zu einer grundlegenden Erneuerung ebenso wie eine weit verbreitete Sehnsucht nach verlässlicher Orientierung gibt. Dies gilt gerade – wie die letzten Shell-Studien eindrucksvoll belegen – auch für die Jugend unseres Landes. Eine solche Bereitschaft bedarf aber der Zuversicht und nicht nur eines Verweises auf die Probleme und Kraftanstrengungen.

Die Begründung der Regierung, „Wir tun das Richtige, weil es notwendig ist, und das Notwendige, weil es richtig ist“, greift jedoch die Reformbereitschaft der Bevölkerung nicht auf. Denn für eine demokratische Gesellschaft ist letztlich eine

solche Argumentation schlicht zu platt. Die argumentative, fruchtbare Debatte mit dem Austausch unterschiedlicher Ideen wird durch Kommando von oben ersetzt. Hier mangelt es also nicht an einer schlüssigen Kommunikationsstrategie, sondern in erster Linie an einem tragfähigen Politikkonzept. Machtfragen und Rücktrittsdrohungen können das Ringen um die zentralen Fragen nach Fairness und Zusammenhalt in der Gesellschaft nicht ersetzen.

Verniedlichung und Verschleierung

Die Verabschiedung von „Hartz IV“ zeigt überdeutlich, woran Gerhard Schröder konkret gescheitert ist: an seiner Debatte- und Kulturpolitik und seinem Politikstil. Es lohnt sich, Satz für Satz, Wort für Wort nachzulesen, wie der Kanzler am 14. März 2003 in seiner Agenda-Rede im Bundestag die entschiedensten Kürzungen von Sozialleistungen seit 1949 angekündigt hat: verniedlichend, verschleiern, fast entschuldigend, aber nicht überzeugend. „[...] Ich akzeptiere nicht, dass Menschen, die arbeiten wollen und können, zum Sozialamt gehen müssen, während andere, die dem Arbeitsamt womöglich gar nicht zur Verfügung stehen, Arbeitslosenhilfe beziehen“, erläuterte Schröder. „Ich akzeptiere auch nicht, dass Menschen, die gleichermaßen bereit sind zu arbeiten, Hilfen in unterschiedlichen Höhen bekommen. Ich denke, das kann keine erfolgreiche Integration sein“, fuhr er fort. „Wir brauchen deshalb Zuständigkeiten und Leistungen aus einer Hand. Damit steigern wir die Chancen derer, die arbeiten können und wollen. Das ist der Grund, warum wir die Arbeitslosen- und Sozialhilfe zusammenlegen werden, und zwar einheitlich auf der Höhe – auch das gilt es auszusprechen –, die in der Regel dem Niveau der Sozialhilfe entsprechen wird.“ Sechs Sätze in einer langen Rede (die ganze Passage kam auf dreizehn Sätze) über die einzig wirkliche, die mutigste,

die riskanteste Reform dieser Regierung – das Ende einer Sozialstaatstradition. Verstanden hat das damals niemand in der Bevölkerung. Nach außen wurde das Reformprojekt als bürokratische Vereinfachung kaschiert: „Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe“ unter dem Kürzel „Hartz IV“. Dahinter verbarg sich eine in der Wirkung auf mehr als drei Millionen und auf die Lebensplanung aller Menschen hochdramatische Kappung der Arbeitslosenhilfe auf das Armutsniveau der Sozialhilfe. Das wäre nur durch eines zu legitimieren gewesen: die ungeschminkte Wahrheit – und ein fantasievolles Arbeitsmarktprogramm mit Kombilöhnen und Steueranreizen. Stattdessen wurde Reform im „Basta-Stil“ durchgepaukt und erscheint nun als brutale und ungerechte Sparoperation. Im Klartext: Schröder verzichtete für sein wichtigstes Reformwerk auf die Überzeugungsarbeit bei den Bürgern. Damit entzieht er nicht nur sich selbst als Kanzler, sondern auch seiner Politik die Legitimation in der Bevölkerung. Und er führt die Politik regelrecht ad absurdum.

Schaffung einer konstruktiven Streitkultur

Der Begriff „Politik“ verweist schon in seinem Wortstamm auf die altgriechische Gemeindeverfassung der Polis. Da sie die Angelegenheiten der gesamten Bürgerschaft, das heißt eigentlich aller, regelte, mussten ihre Handlungsstrategien nicht nur lösungsorientiert, effizient und erfolgreich sein, sondern zugleich die Bedürfnisse aller gerecht einbinden und ihre Handlungsweisen transparent vermitteln. Nur so konnte das politische System Stabilisierung, Akzeptanz, gesellschaftliche Integration und Legitimität erfahren. Aus diesem Grund war Politik stets in ihrem Grundsatz sowohl rational orientiert als auch gesellig angelegt. Die Probleme und Bedürfnisse der Menschen zu erkennen und in Politik umzusetzen ist folglich

nicht Populismus, sondern politische Kernaufgabe der Parteien.

Als Konsequenz bedeutet dieses Anforderungsprofil für Parteien nichts anderes, als den politischen Willensbildungsprozess innerhalb und außerhalb ihrer Partei zu organisieren und zu moderieren. Wenn sie dieser Aufgabe nur unzureichend gerecht werden, wächst die Politik(er)verdrossenheit, und sie untergraben ihre eigene politische Legitimation.

Die Organisation eines solchen politischen Willensbildungsprozesses ist aber in Zeiten zunehmender gesellschaftlicher Veränderungsprozesse kein leichtes Unterfangen. Parteien können per se kaum noch auf Loyalitäts- und Vertrauensreserven in der Wählerschaft zurückgreifen, die auch in Zeiten strategisch unpopulärer Maßnahmen Unterstützung leisten würden. Die Zeiten festgefügters sozialmoralischer Milieus mit ihren ideologisch fest untermauerten Massenparteien sind längst Vergangenheit geworden.

Leitlinien der Willensbildung

Erschwerend wirkt sich für die Parteien auch der gesellschaftliche Individualisierungsschub aus, durch den die auf sie gerichteten Erwartungen immer komplexer, widersprüchlicher, wechselnder sowie stimmungs- und situationsabhängiger werden. Dies gilt auch für das pluralisierte Nebeneinander widersprüchlicher Wertorientierungen, die Großparteien unter einem gemeinsamen politischen Nenner vereinen müssen. Und dieser Nenner darf nicht zu klein geraten, um sowohl mehrheitsfähig zu sein als auch die politischen Probleme bewältigen zu können.

Mit anderen Worten: Der Erfolg von Parteien und ihrer Politik hängt entscheidend von der Qualität und Ausgestaltung ihres politischen Willensbildungsprozesses ab. Bei seiner Ausgestaltung stellen sich vor allem folgende grundsätzliche Fragen:

Erstens: In welcher Weise werden die unterschiedlichen gesellschaftlichen Kräfte und nicht nur Lobbygruppen berücksichtigt?

Zweitens: In welcher Weise gibt die Partei gerade auch Nichtmitgliedern Partizipationschancen?

Drittens: In welcher Weise werden die unterschiedlichen und sich zum Teil widersprechenden Meinungen zu einem tragfähigen und verlässlichen Konsens zusammengeführt?

Viertens: In welcher Weise werden die gefundenen Ergebnisse auf ihre Praxisrelevanz und Tragfähigkeit überprüft und bewertet?

Nur eine Politik, die auf die Bedürfnisse der Menschen eingeht und den Kontakt mit ihnen nicht scheut, wird langfristig erfolgreich sein. Bei der Neuaufstellung der Politik wird es zentral sein, gesellschaftliche Integration und profilierte Grundüberzeugungen zu besitzen. Hierbei sollten die drei „Ks“ die zentrale Leitschnur sein:

Erstens brauchen wir einen Kompass als Koordinatensystem unseres Handelns, der nicht durch Beliebigkeit und bloßen situationsbezogenen Pragmatismus ersetzt werden darf.

Zweitens brauchen wir Kompetenz in allen Politikbereichen, die nicht durch Realitätsverweigerung untergraben werden darf.

Drittens brauchen wir Kompromissfähigkeit, um gesellschaftliche Akzeptanz für unser politisches Handeln zu erreichen und um möglichst viele Menschen in die politischen Entscheidungen einzubinden.

Zentrale Formulierungsaufgabe

Die Politik in der modernen Mediendemokratie hat teilweise ihre Kommunikationsformen geändert, ihre zentrale Politikformulierungsaufgabe jedoch nicht verloren: unterschiedliche gesellschaftliche Kräfte zusammenzuführen, gemeinsam nach Lösungen zu suchen und die gefundenen Ergebnisse verantwortlich und glaubwürdig umzusetzen. Nur so kann Politik Erfolg und Akzeptanz erfahren.

Bereits der Freiburger Politikwissenschaftler Wilhelm Hennis bezeichnet als eine der zentralen Voraussetzungen für öffentliche Anerkennung, die ein Bundeskanzler haben kann, das öffentliche Ansehen. Darunter verstand er das Vertrauen der Öffentlichkeit, dass der Regierungschef mit den politischen Herausforderungen umgehen könne und mit ihnen fertig werde. Mehr noch als bei der demoskopisch erfassbaren Öffentlichkeit sollte der Kanzler bei den „Professionellen der Politik“ – den Abgeordneten, den Verbandspolitikern, der hohen Bürokratie, den nüchtern beobachtenden Journalisten – Autorität genießen, auf die er auch in der Stunde des Misserfolges bauen kann.

Bald einsam

„Wenn Bundeskanzler Schröder mit allen, die sich zeitweise ‚ins Gebüsch geschlagen‘ haben, so ins Gericht ginge wie mit der Union, würde es bald einsam um ihn. Die Wahlkämpfer Milbradt und Rüttgers, die offenbar den besonderen Unmut des Kanzlers erregten, haben das große Reformwerk namens Hartz IV keineswegs in Bausch und Bogen verdammt, sondern lediglich angemerkt, daß es hier und da gewisse soziale Unwuchten aufweise und im übrigen miserabel kommuniziert sei. Das gleiche haben sämtliche wahlkämpferische Parteifreunde des Kanzlers, von Maas über Steinbrück bis Platzeck, getan.“

Stefan Dietrich in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* (Frankfurt am Main) am 16. August 2004.